die Freiheitsfackel

M i t t e i l u n g s b l a t t

für die Mitglieder des Freiheitsbundes e.V. Landesverband Berlin

Nummer 3 März 1956

Stimmt es, Herr Innensenator?

Nach Pressemeldungen soll Senator Lipschitz jetzt daran gegangen sein, zu überprüfen, wie es kommt, dass so viele ehemalige Nazis in der Berliner Verwaltung tätig sind, und zu einem nicht geringen Teil in ausschlaggebenden Positionen.

Wir registrieren mit Genugtuung diese von uns längst erwartete Initiative.

Darüber hinaus möchten wir dem Senator aber auch bei der jetzt ihm von neuem abverlangten Energieleistung Hilfestellung geben, und deshalb fragen wir auf Grund von Beobachtungen:

Stimmt es, Herr Senator, dass in der Berliner Verwaltung - niedrig gerechnet - etwa 1000 ehemalige Mitglieder der NSDAP tätig sind oder von ihr eine Pension beziehen?

Stimmt es, dass von diesen ca. ein Drittel sich seinerzeit nicht der vorgeschriebenen Entnazifizierung gestellt haben?

Stimmt es, dass ein erheblicher Teil dieser ehemaligen Nazis bereits vor 1933 der NSDAP angehörte und ein nicht geringerer Teil vor dem 30. Januar 1933 überhaupt nicht in der Verwaltung tätig war?

Wenn diese Behauptungen stimmen, und Ihnen, Herr Senator, als dem Chef der zuständigen Verwaltung für eine solche Überprüfung, wird es leicht möglich sein, darüber entsprechende Recherchen anzustellen, dann ist es nicht weiter verwunderlich, dass sattsam bekannte Berliner Nazigrössen wie z.B. Dr. Lippert und Engel so hartnäckig Versorgungsansprüche an Berlin stellen.

Ferner, Herr Senator: Sie stellten kürzlich in einer Rede die Forderung auf, "das politische und moralische Kapital Berlins nicht zu verwirtschaften. Nur Demokraten haben Anrecht auf demokratische Rechte." Das gelte nicht nur gegenüber dem Osten, sondern auch gegenüber den Nazis- Der Schutz der Demokratie sei nicht nur eine Angelegenheit der Polizei, sondern eines jeden Staatsbürgers.

Jeder dieser gesprochenen Sätze findet vorbehaltlos unsere Zustimmung! Die letzte Forderung jedoch - von allen republikanischen Freiheitskämpfern seit Jahrzehnten vertreten - zwingt uns aber noch, sehr verehrter Herr Senator, an Sie zwei Fragen zum

Schluss zu stellen.

Wir haben in Berlin ein Landesamt für Verfassungsschutz, wie die anderen Bundesländer auch, und dieses für die Abwehr der Staatsfeinde von rechts und links notwendige Amt ist Ihnen unterstellt. Mitarbeiter in diesem Amt sind u. a. eine Frau von Bötticher und ein Herr Scholz.

Stimmt es, dass diese Frau von Bötticher identisch ist mit Dorothea Celeste Becker, verehelichte Frau von Bötticher, die während der Nazizeit in Liegnitz als BdM-Führerin wirksam tätig war?

Stimmt es, dass der LfV-Mitarbeiter S c h o l z in den Jahren 1931 bis 1932 Mitglied der Notgemeinschaft nationalsozialistischer Polizeibeamter Berlins war?

Die uns weiterhin gegebene Information, dass beide im Landesamt für Verfassungsschutz Berlin die Bearbeiter für das Sachgebiet "Rechtsradikale" sein sollen, können wir, sofern unsere beiden letzten Fragen bestätigt werden, natürlich nur als Ausgeburt eines verspäteten Faschingscherzes halten.

+

Friedrich E b e r t zum Gedächtnis!

Unsere Pflicht ist es, eines Mannes zu gedenken, dessen Wirken für die Republik, für die Demokratie und Freiheit in Vergessenheit zu geraten droht.

Am 28. Februar 1925, vor 31 Jahren, verstarb Friedrich Ebert, der erste Reichspräsident der jungen deutschen Republik, die aus dem Zusammenbruch nach dem ersten Weltkrieg entstanden war. 1871 in Heidelberg geboren, hat Ebert sich aus kleinen Verhältnissen mit Können und Energie emporgearbeitet.

Die politischen Gegner haben es ihm nie verzeihen können, dass er es als Sattlergeselle bis zum Reichspräsidenten gebracht hat. Diese politischen Gegner backpfeiften sich selber, als sie später einen Nichtskönner und wüsten Demagogen aus Braunau als Führer anerkannten und anbeteten.

Heute versuchen dieselben Kreise mit den gleichen Mitteln die neue Demokratie zu untergraben, alle Schuld an den Folgen des katastrophalen Zusammenbruchs von sich abzuwälzen und jeden politischen Gegner mit Dreck zu bewerfen.

Friedrich Ebert hat in der ganzen Zeit, als er, seit 9. November 1918 der erste Volksbeauftragte, am 6. Februar 1919 in Weimar zum ersten Reichspräsidenten gewählt wurde, unter diesen perfiden persönlichen Angriffen einer von Standesdünkel und Neid erfüllten politischen Gegnerschaft von rechts und links gelitten. Die Angriffe waren mit die Ursache seiner Krankheit und seines frühen Todes.

Man braucht kein Hellseher zu sein, um auszusprechen, dass vieles im Deutschland der zwanziger und dreissiger Jahre anders verlaufen wäre, wenn nicht dieser einfache und kluge Mann allzu früh verstorben wäre. Freiwild für alle politischen Gegner, oft genug auch angegriffen von eigenen Parteifreunden, vertrat Ebert in schlichter Form die Interessen Deutschlands und hatte es verstanden, auch die Achtung des

Auslandes zu gewinnen. Ebert starb zu früh. Wir aber wollen das Andenken an diesen aufrechten Republikaner wahren und den Kampf für Freiheit und Demokratie fortführen.

+

K a m e r a d e n!

Vor einem Jahr standen wir erschüttert an der Bahre unseres Kameraden Karl W i e g n e r, der am 5. März 1955 an den Folgen einer Operation verstorben war.

Wir Kameraden des Freiheitsbundes Berlin wissen, was wir verloren haben. Nach dem Zusammenbruch 1945 gehörte Kamerad Wiegner zu denen, die wussten, dass nur die geschlossene Willensbildung aller freiheitlichen und demokratischen Kräfte, die bereit sind, sich mit ihrer ganzen Person für Freiheit und Demokratie einzusetzen, gegen die Reaktion von links und rechts erfolgreich auftreten kann. Nicht Reden und schriftliche Proteste helfen, sondern nur der persönliche Einsatz der freiheitlich gesinnten Republikaner. So war es schon nach 1919.

Bei der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Jahre 1924 war Karl Wiegner einer der ersten. Jahre des Kampfes folgten, und es war nicht Schuld des Reichsbanners, wenn es der Reaktion gelang, den Weg Hitlers vorzubereiten, der bis zum blutigen Zusammenbruch führte.

Aus dieser Erfahrung sammelten sich alte RB-Kameraden und andere freiheitlich denkende Menschen, um den Freiheitsbund Berlin zu gründen, dessen erster Vorsitzender bis 1953 Kamerad Wiegner wurde, und dem er sein Können, seine Erfahrung und seine ganze Energie zur Verfügung stellte. Er war uns allen Freund und Helfer. Sein Vorbild wird uns anspornen, den Kampf um Freiheit und Demokratie fortzuführen. Wir werden dem Vorbild immer nachstreben, das uns Kamerad Wiegner war.

Die Landesleitung des Freiheitsbundes wird am Todestage am Grabe Karl Wiegners auf dem Kirchhof an der Dorfkirche Schmargendorf, Breite Strasse 39, einen Kranz zum Gedenken niederlegen.

Gustav Kreutlein
1. Vorsitzender

+

Aus dem Lebenslauf eines hohen Nazis

Dr. Ernst Kaltenbrunner wurde nach der Beseitigung Heydrichs am 30. Januar 1943 Chef des SD, nachdem er bereits zum Chef des Reichssicherheitshauptamtes der SS und Chef der Sicherheitspolizei ernannt worden war. Im Nürnberger Prozess wurde bewiesen, dass besonders ihm die Verantwortung für die grauenhaften Zustände in den Konzentrationslagern, insbesondere im KZ Mauthausen, zur Last gelegt werden mussten. In seinem Prozess wurde festgestellt, dass mit seiner Kenntnis und unter seiner Verantwortung eine Judenvernichtung grössten Ausmasses stattgefunden hat, ausgeführt von seinem Reichssicherheitshauptamt unterstehenden speziellen Einsatzgruppen. Er wurde ferner schuldig befunden der Ermordung von flüchtigen, wieder ergriffenen Kriegsgefangenen und der Ermordung von rassisch und politisch unerwünschten Kriegsgefangenen.

4.10.1903 geboren in Ried im Innkreis (Oberösterreich)

1909 Volksschule in Raab/Oberösterr., später Realgymnasium in Linz/Donau

1921 bis 1926 Studium der Rechtswissenschaften in Graz

1926 Dr. jur., Rechtspraktikant beim Landgericht Linz

1927 Rechtsanwaltsanwärter in Salzburg

1929 Rechtsanwaltsanwärter in Linz, Mitglied des "Heimatschutz Österreich"

18.10.1930 Eintritt in die NSDAP, Mitgliedsnummer 300 179

31. 8.1931 Eintritt in die SS, Mitgliedsnummer 13 039; Rechtsberater des SS-Abschnitts VIII, SS-Unterscharführer, Gauredner der NSDAP

25. 9.1932 bis
15. 6.1934 SS-Hauptsturmführer im SS-Stab Donau

1934 wegen Hochverrats acht Monate Haft in Wels

20. 4.1936 (Hitlers Geburtstag) SS-Standartenführer

20. 4.1937 (Hitlers Geburtstag) SS-Oberführer

12. 3.1938 bis
30. 1.1943 SS-Brigadeführer und Führer des SS-Oberabschnitts Donau, Staatssekretär für das Sicherheitswesen im Lande Österreich

11. 9.1938 SS-Gruppenführer und zum Höheren SS- und Polizeiführer bei den Reichsstatthaltern von Wien, Oberdonau und Niederdonau ernannt

1938 NS-Mitglied des Reichstages, Inhaber der Sudeten-Österreich-Medaille

30. 1.1939 Goldenes Parteiabzeichen

1. 7.1940 Untersturmführer der Waffen-SS (Res.Führer)

1. 4.1941 Generalleutnant der Polizei

31. 5.1942 Verleihung des "Blutordens", Kriegsverdienstkreuz II. Kl. mit Schwertern

30. 1.1943 Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Kriegsverdienstkreuz I. Kl. mit Schwertern

21. 6.1943 SS-Obergruppenführer

15. 2.1944 General der Waffen-SS, General der Polizei

12.10.1944 Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern verliehen

Weitere "Auszeichnungen":
Träger des SS-Winkels für "alte Kämpfer"
Inhaber des "Julleuchters" und
Mitgliedschaft im Verein "Lebensborn"
(beides, weil aus der Kirche ausgetreten)
SS-Ehrendegen,
SA-Ehrendolch,
Totenkopf-Ring,
Deutsches Kreuz (in Silber)

Dienstwohnung in Berlin:
Zuerst SW 11, Vossstrasse 11, zuletzt SW 11, Prinz-Albrecht-Strasse 8.

Dr. K. hinterliess in Berlin ein Bank-, Sparkassen- und Mobiliarvermögen im Werte von 2 300 000 RM.

Am 10.10.1946 wurde er auf Grund des Urteils des Internationalen Militär-Tribunals gehenkt.

+

Nur ein paar Zeitungsmeldungen...

Energisch gegen Nazis!

Köln, 16. Februar (AP). Ein energisches Vorgehen der zuständigen Bundes- und Länderbehörden gegen "jene unverbesserlichen Nazis, die sich mit immer steigernder Unverfrorenheit bei uns breitmachen", fordert das offizielle DGB-Organ "Welt der Arbeit" in seiner neuesten Ausgabe. Es sei an der Zeit, die "gefährliche Geduld" mit dem Treiben der Neonazisten wie dem Kreis um die Zeitschrift der "Entnazifizierungsgeschädigten" ("Anklage"), der Leute um Mathilde Ludendorff ("Am heiligen Quell deutscher Kraft") und der Zeitgenossen endlich aufzugeben, die sich in der DRP zusammengeschlossen hätten und mit ihrer Zeitschrift "Reichsruf" demonstrierten, was man alles ungestraft der Demokratie bieten könne.
Die Gewerkschaftszeitung schreibt, es sei in allen diesen Fällen auf Grund der Bundesverfassung und der Landesgesetze durchaus möglich, der Tätigkeit dieser Personengruppen Einhalt zu gebieten. Es habe aber den Anschein, als ob die deutsche Justiz "aus rein formalen Gründen" davon Abstand nehme, die Gesetze anzuwenden. Der Glaube, dass es sich nur um Formalismus handele, werde allerdings erschüttert, wenn man an bestimmte Urteile in der letzten Zeit denke, bei denen sich der Formalismus allzu eindeutig zugunsten der Angeklagten ausgewirkt habe. Wörtlich fährt die "Welt der Arbeit" dann fort: "Unser Misstrauen wird noch dadurch verstärkt, dass wir auf der anderen Seite erleben müssen, wie nachteilig sich das Kleben am Buchstaben des Gesetzes z.B. bei der Wiedergutmachung an den Opfern des Dritten Reiches auswirkt. Wir haben alle Veranlassung, diese Entwicklung rechtzeitig zu stoppen, sonst erleben wir auch in der neuen deutschen Demokratie eines Tages, was in der Weimarer Republik einmal exerziert wurde: ein formal absolut einwandfreies Hochverratsverfahren gegen Friedrich E b e r t."

(Frankfurter Rundschau vom 17.2.1956)

Deutschland erwachte...

München, 4. Februar Lucas Cranachs "Madonna mit Kind" steht im Mittelpunkt eines Prozesses vor dem Landgericht in München zwischen der Stadt Köln und dem Land Bayern. Das mit fünfzigtausend Mark bewertete Gemälde ist augenblicklich in Treuhandverwaltung des Landes Bayern, wird aber von der Stadt Köln beansprucht. Köln hatte das Bild 1937 Hermann Göring zur Geburt seiner Tochter Edda geschenkt. Die Stadt argumentiert damit, dass sie dabei unter unmissverständlichem Druck gehandelt habe. Die Madonna sei im Tausch gegen einen van Gogh bei einem Kunsthändler in Luzern erworben worden, um dem Verlangen Görings, der sich auf ein Cranach-Bild versteift hatte, nachkommen zu können. Bayern begründet seinen Anspruch auf das Bild mit der Tatsache, dass Görings Nachlass im Entnazifizierungsverfahren zugunsten Bayerns eingezogen wurde. Der Prozess wurde auf den 23. Februar vertagt, weil das Gericht klären will, ob der Regierungspräsident von Köln seinerzeit den Tausch des van-Gogh-Bildes gegen die "Madonna mit Kind" von Lucas Cranach dem Älteren genehmigte.

(Kurier vom 4./5.2.1956)

Nazi-Ansprüche werden gestoppt

mö Bonn, 13. Februar (Eig. Bericht). In einer gemeinsamen Besprechung des Bundestagspräsidenten und dessen Stellvertretern mit dem Ausschussvorsitzenden für Rechtsfragen, für Verfassungsschutz, für innere Verwaltung, für Beamtenrecht und für Wiedergutmachung ist ein Einvernehmen darüber erzielt worden, durch beschleunigte gesetzgeberische Massnahmen anmassende Wiedergutmachungsforderungen ehemaliger prominenter Nationalsozialisten abzustoppen. Die Konferenz kam durch das Verhalten verschiedener NS-Grössen, darunter des ehemaligen Polizeipräsidenten und SS-Oberführers Walter Schröder (Lübeck) zustande. Schröder hat bei der Stadt Lübeck einen Schaden in Höhe von 64 490 DM geltend gemacht, der ihm 1945 entstanden sei. Schröder berechnet nach vorliegenden Informationen in seiner Schadensaufstellung u.a. vier Blumentöpfe mit 500 DM, entwendete Studentenutensilien mit 3600 DM und einen gebrauchten Besen mit 20 DM.
Diese Forderung stellt nach Mitteilung verschiedener politischer Kreise keine Seltenheit dar. Im Rechtsausschuss des Bundestages hat deshalb der SPD-Abgeordnete Karl Wittrock eine beschleunigte Beratung des Kriegsfolgenschlussgesetzes verlangt, um ähnlichen unsinnigen Ansprüchen ehemals führender Nazis und ehemaliger Nutzniesser des NS-Regimes vorzubeugen.
Nach der Konferenz mit Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier ist eine Koordinierung brauchbarer Massnahmen auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes, des Strafrechts, der Entnazifizierung, des Spätheimkehrer- und des 131er-Gesetzes zu erwarten.

(Frankfurter Rundschau vom 14.2.1956)

Und Herr Globke...

Im Raume von Bonn gibt es ein Gymnasium, das den Ruf hat, weltoffen zu sein und den Schülern besonders grosse Bildungsmöglichkeiten zu geben. Auch zahlreiche der in Bonn akkreditierten ausländischen Diplomaten schicken ihre Kinder in diese Schule. Die Leitung des Gymnasiums hatte vor einiger Zeit nacheinander je einen Vertreter der CDU, der FDP und der SPD zu den Schülern der Oberstufe sprechen lassen, offensichtlich in dem Bestreben, ihnen einen mögli chst umfassenden politischen Überblick zu geben. Von den Sozialdemokraten sprach der Bundestagsvizepräsident Prof. Dr. Carlo Schmid. Das hat den Staatssekretär beim Bundeskanzler, Herrn Globke, auf die Palme gebracht. Er liess den Direktor des Gymnasiums über dessen vorgesetzten Staatssekretär in der Regierung Nordrhein-Westfalen wissen, dass er, Globke, Vorträge prominenter sozialdemokratischer Politiker vor den Schülern missbillige.
Was der Staatssekretär im Bundeskanzleramt hier dreinzureden habe, zumal doch das Schulwesen Länderangelegenheit sei, wollen Sie wissen? O, seien Sie doch nicht so kleinlich, sondern freuen Sie sich lieber über die Toleranz, mit der Herr Globke wenigstens vorläufig noch den Vortrag eines FDP-Politikers unwidersprochen hinnimmt. In der Tat, die Naivität des Gymnasialdirektors kann nicht genug getadelt werden, der noch nicht gemerkt hat, was in Bonn vorgeht.
Vorläufig ein Rat an den Herrn Direktor, wie er vielleicht diese böse Scharte auswetzen könnte: Er möge Herrn Globke bitten, vor den Schülern einen Vortrag über die Nürnberger Rassengesetze zu halten. Herr Globke ist da Spezialist, er hat sogar einen Kommentar darüber geschrieben. Ein solcher Vortrag könnte den Schülern, besonders den ausländischen, einen besseren Überblick über die vergangene und derzeitige Situation Deutschlands bieten, als alle Carlo Schmid und Genossen es vermögen.

Hansjakob

(Frankfurter Rundschau vom 4./5.2.56)

Hitler-Offiziere gesucht

Berlin (dpa). Nach einem Bericht der Sowjetzonenagentur ADN vom Mittwoch sagte Dr. Morgenroth, Direktor der Landesparteischule der "National-Demokratischen Partei" in Weimar, der Prüfstein jedes vaterlandsliebenden Deutschen sei sein klares, offenes und verpflichtendes Bekenntnis zu der nationalen Volksarmee. Das gehe vor allem "die ehemaligen Offiziere der Hitler-Wehrmacht und frühere Mitglieder der Nazipartei" an.

(Spandauer Volksblatt vom 16.2.1956)

"Vaterländisches Turnen"

Der Volksbildungsminister der Sowjetzone, Fritz Lange (SED), forderte, dass mit der Proklamierung der "Volksarmee" an den Schulen der Sowjetzone ein "Vaterländisches Turnen" eingeführt werde und dass das wertvolle Erbe von Turnvater Jahn in den Dienst der Wehrerziehung gestellt wird. Der Turnunterricht müsse den "hohen politischen Forderungen unserer Zeit" entsprechen. (dpa)

(Frankfurter Rundschau vom 23.1.1956)

\+ \+
\+

Die Landesleitung hat beschlossen, für den Zeltlagerplatz Hartfaserzelte nur zuzulassen, wenn ihre Masse in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen.

Um unliebsame Auseinandersetzungen zu vermeiden, werden alle Interessenten ersucht, vor Baubeginn mit dem Kam. Beck Rücksprache zu nehmen. Tel. 24 00 13 / 247 oder 45 88 37.

Verantwortlich für den Inhalt: Richard Beck, p.Adr. Berlin-Halensee, Halberstädter Strasse 7 I